

No. 638 /A (E)

3 O. NOV. 1993

Präs.:
.....

ORIGINAL

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Christine Heindl, Freunde und Freundinnen

betreffend bürgernahe Telefongebühren

Da es in Österreich zu höchst unterschiedlichen Telefongebühren kommt, wenn StaatsbürgerInnen mit ihren Verwaltungsbehörden Kontakt aufnehmen, schlagen die unterfertigten Abgeordneten einheitliche Telefongebühren (Ortstarif) vor. Dies ist technisch auch sehr einfach, da die Verrechnung zum Ortstarif ein von der Post angebotenes und beworbenes Service ist; viele Privatfirmen nehmen gerade diesen Postdienst in Anspruch.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr wird aufgefordert ein Konzept auszuarbeiten, das allen BürgerInnen die Kontaktaufnahme zu ihren Verwaltungsbehörden zum Ortstarif ermöglicht. Dem Parlament soll bis Ende Mai 1994 ein Bericht darüber sowie über die Umsetzung gegeben werden."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.

